

Mediation: zeit- und kostensparend

# Streitpartner statt Gegner vor Gericht

Robert Schneider

Zeitsparend und kostengünstiger als ein Prozess, in quasi allen Bereichen anwendbar, in denen auch klassisch Recht gesprochen wird, und frei von langen Prozeduren. Die Mediation – die in immerhin 70 Prozent aller Fälle zu einer Einigung führt – ist eine echte Alternative zu Gerichtsprozessen. Sie war gestern Thema einer Konferenz in der Maison de l'Europe.

Sowohl Justizminister Felix Braz als auch der Vorsitzende der Vereinigung der Mediateure, Jan



Foto: François Aussems

Mediator Jan Kayser, Justizminister Felix Braz und Guy Berg, Vertreter der EU-Kommission

info@cmcc.lu

Wer eine Mediation statt eines Prozesses möchte, soll einfach eine E-Mail an die Adresse info@cmcc.lu senden, in der die Telefonnummern der beiden Parteien enthalten sind und der Konfliktgegenstand in ein, zwei Sätzen erläutert wird. Daraufhin wird das „Centre de médiation civile et commerciale“ aktiv und prüft, ob die andere Partei mit der Prozedur einverstanden ist.

Kayser, gingen gestern auf die Vorteile der Methode Mediation ein, nachdem der Vertreter der EU-Kommission in Luxemburg und damit Hausherr der Maison de l'Europe, Guy Berg, in das Thema eingeführt hatte.

62 Prozent schneller als ein herkömmliches Gerichtsverfahren und 33 Prozent billiger sei eine Mediation, wurde den anwesenden Interessenten (darunter zahlreiche Rechtsanwälte und die Mediatorin für Konflikte zwischen

Bürgern und Verwaltungen, Lydie Err) erklärt. Noch sei die Methode allerdings nicht ausreichend bekannt, so Felix Braz, der nicht ausschloss, dass die Prozedur legalen Sukkurs erhalten wird. Die Mediation als Auflage vor jedem Streitfall vor einem Gang vor Gerichte sehe die Regierung allerdings als zu starkes Instrument: Es gebe immerhin Streitfälle, bei denen die Parteien kein Interesse an einer solchen Lösung hätten und auf ein Urteil bestünden. Hier

würde eine gesetzlich vorgeschriebene Mediation nur zu Zeitverlust führen.

Ansonsten sei die Methode, so der Justizminister, aber eine gute Alternative und verwies auf die „Charte de la médiation“, die mit Handels- und Handwerkskammer ausgearbeitet wurde und mit der die Unternehmen sich verpflichten, in Streitfällen immer erst zu prüfen, ob eine Mediation vor dem Gang vor Gericht möglich ist.

Luxair-Konflikt

## Regierung hält sich raus

Die Luxair steht vor einem Streik wegen des neuen Kollektivvertrags. Gewerkschaften und Direktion müssten selbst zurande kommen, hieß es gestern seitens der Regierung.

Sie habe vollstes Vertrauen in die Direktion und in den Verwaltungsrat. Diese würden die sich aufdrängenden Entscheidungen treffen. Dieser Ansicht ist Nachhaltigkeitsminister François Bausch („déi gréng“). Er beantwortete eine Frage der CSV-Abgeordneten Diane Aehm und Gilles Roth. Die Entscheidungen zu Kollektivvertragsverhandlungen bei einem privatrechtlichen Unternehmen müssen von den hier verantwortlichen Gremien getroffen werden.

Die Parlamentarier hatten sich für die Haltung der staatlichen Vertreter im Luxair-Verwaltungsrat interessiert und dafür, welche „Instruktionen“ ihnen erteilt worden seien.

Die Regierung erteile ihre Anweisungen auf Anfrage des betreffenden Beamten. Im vorliegenden Luxair-Fall habe niemand um derlei Anweisungen gebeten, erklärte Bausch.

OGBL, LCGB und NGL-SNEP haben ein Streikkomitee gebildet, um eine Arbeitsniederlegung vorzubereiten. Streitpunkt ist der neue Kollektivvertrag. Der Direktion zufolge bestehe derzeit kein Kollektivvertrag mehr, der alte sei am 30. September abgelaufen.